

Paibacher Zeitung.

Nr. 62. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Ausstellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Freitag, 14. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Anzeigen bis zu
4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei älteren
Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1884.

Amtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 29. Februar d. J. dem Director der Finanz-Bank de Caissé in Graz Johann Bipauz in Anerkennung seiner vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allernädigst zu verleihen geruht.

Am 12. März 1884 wurde in der I. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das VII. und VIII. Stück des Reichsgesetzbuches, vorläufig nur in deutscher Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Das VII. Stück enthält unter Nr. 27 die Handelsconvention vom 18. Februar 1884 zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich;

Nr. 28 den Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 28. Februar 1884, betreffend die Auflösung der Direction für administrative Statistik und Vereinigung ihrer Agenden mit jenen der statistischen Centralcommission;

Nr. 29 die Verordnung des Finanzministeriums vom 29. Februar 1884, betreffend die Gewährung der Steuerrückvergütung für den zur Erzeugung von Knallquecksilber verwendeten Spiritus.

Nr. 30 die Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht und des Finanzministers vom 2. Februar 1884, betreffend die Frist zur Erfüllung der in den §§ 7 und 8 der Verordnung vom 21. August 1881 (R. G. Bl. Nr. 112) vorgeesehenen Nachtragsstatuten zur Bemessung der Religionsfonds-Beiträge;

Nr. 31 die Concessions-Urkunde vom 6. Februar 1884 für die Locomotiv-Eisenbahn von Elbogen nach Gießhübel;

Nr. 32 die Verordnung des Justizministeriums vom 8. März 1884, betreffend Änderungen des Gebietsumfangs der Bezirksgerichtsprengel Olesko, Brody, Balosce und Zborow in Galizien.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie der "Bote für Tirol und Vorarlberg" meldet, zum Schulhausbau der Gemeinde Vigolo 200 fl. zu spenden geruht.

Wien, 11. März.

(Orig.-Corr.)

Der gestrige zweite Tag der Generaldebatte über das Budget war ungleich lebhafter und bewegter als der erste. Den Reigen der Redner eröffnete Minister Baron Präzák, der auf Herrn von Garneri's Rede in der letzten Sitzung replizierte und dabei indirect die Interpellation über den Ausdruck "böhmisches Staatsrecht", den der Minister gebraucht haben sollte, beantwortete. Baron Präzák wies aus dem stenographischen Protokoll nach, dass, wenn er vom Staatsrecht sprach, er darunter nichts anderes verstanden haben könnte, als das positive Staatsrecht der österreichischen Monarchie, wie es in den Verfassungsgesetzen verkörpert ist. Der Minister gab dann einige sachliche Aufklärungen über den Gebrauch der Landessprachen bei den böhmischen Gerichten und appellierte dann in warmen Worten an den patriotischen Sinn und die Würdigung beider Seiten des Hauses und aller Nationalitäten, die er ermahnte, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und nicht das Unmögliche zu verlangen. Auf der Rechten nahm man die Worte des Ministers beifällig auf, der Linken war es aber offenbar nicht angenehm, dass Baron Präzák constatierte, dass sie keineswegs im Namen aller Deutschen zu sprechen das Recht habe, dass die Mehrheit der Deutschen in den Alpenländern für den nationalen Frieden und die Versöhnung gewesen sei, und dass es selbst in Böhmen nicht an Zeichen einer hervorbrechenden versöhnlichen Stimmung unter den Deutschen fehle. Dem wurde lebhaft widersprochen. Natürlich! Ränge sich diese friedliche Stimmung in Böhmen jemals zum Siege durch, so wäre einem großen Theil der Linken sozusagen das politische Brot vom Munde weggenommen. Sie lebt ja für den Kampf!

Diesem Gedanken gab auch Herr von Plener, der erste Redner, den die Linke gestern ins Feld stellte, mit großer Schärfe Ausdruck. Er proklamierte abermals den nationalen Krieg um des Krieges willen, und mit einem Ernst, der komisch zu nennen wäre, wenn ihm nicht eine unbewusste Tragik innenwohnte, erörterte er das Project einer Zweiteilung Böhmens, als ob dieses politische Impromptu eine Berechtigung hätte. Im Vergleiche zu seiner letzten Rede war der

Abgeordnete der Egerer Handelskammer übrigens gestern wenigstens infoferne gemäßigt zu nennen, als er nicht wie damals mit Insinuationen, beleidigenden Angriffen und Behauptungen herumwarf, die ebenso stark als unerwiesen waren. Dafür verlegte er sich auf das Geschäft des Bissengruppierens. Die gegenwärtige internationale Situation, die große Heeresausgaben erfordert, die gegenwärtige kostspielige Verwaltung, die Höhe des Erfordernisses für die Staatschuld, die Notwendigkeit, die nothleidenden Bahnen manchmal mit recht schweren Opfern zu verstaatlichen, das alles verdankt Oesterreich doch wahrhaftig nicht dem Ministerium Taaffe-Dunajewski. Dieses hat eine Erbschaft übernommen, und zwar die Erbschaft eines Systems und von Staatsmännern, die dem Abgeordneten von Plener doch gewiss nicht unsympathisch sind. Herr von Plener muss selber zugeben, dass das Gebarungsdeficit gegen 1880 um 2,2 Millionen gefallen, die Staatseinnahmen seit damals um 25 Millionen gestiegen seien, die Rente hat den höchsten Cours erreicht; niemals stand der Credit Oesterreichs im In- und Auslande höher als jetzt; wie kann man da von einer verschlechterten Finanzlage sprechen? Freilich mit einer Finanzpolitik, die gegen alle Eisenbahnbauten Front macht, die sozusagen mit Groll die völkerverknüpfenden Schienen sich in immer dichteren Massen über das Reich lagern sieht, mit einer Finanzpolitik, die den Staat und die Bevölkerung einer ökonomischen Hungercur unterziehen möchte, um buchhalterisch bessere Rechnungsbeschlüsse zu erzielen, ist schwer zu rechnen. Auf die Unklagepunkte hin, die der Abgeordnete der Egerer Handelskammer gestern formulierte, wird das Volksgericht das Cabinet Taaffe nicht verurtheilen.

Zum Schlusse seiner Rede kam Herr v. Plener auch auf den Ausnahmszustand zu sprechen und erklärte, er finde ihn noch heute nicht gerechtfertigt. Nachdem sich, seit Herr v. Plener zum letztenmal gesprochen, die bekannten Ereignisse begeben haben, so liegt in dieser Erklärung des Redners ein gewisser Muth; nicht jedermann hat die Unbefangenheit, zu erklären, dass er seine Privatanschauungen und Vorurtheile höher stelle, als die Logik der Thatsachen und Ereignisse. — Herr v. Plener hat gestern gezeigt, dass er diesen Muth besitzt.

Von Seite der Rechten wurde gestern nur Graf Dzieduszyci ins Treffen geführt. Derselbe wies in treffender Weise auf die Unzulänglichkeit der von der Linken beliebten Budgetverweigerung, die nicht etwa eine Regierung, sondern den Staat selbst in Frage stelle, hin und betonte die Notwendigkeit, die Machstellung und Existenz des Reiches durch ein entsprechendes Heeresbudget zu wahren. Der Redner sollte mit warmen und vom Herzen kommenden Worten den Herrschaftsharten des gegenwärtig regierenden Kaisers Anerkennung, der zuerst die Gleichberechtigung der Nationalitäten verwirklicht habe. Die Polen würden jetzt und immer für die Macht und das Ansehen des Kaiserstaates eintreten, und sie ebenso wie die andern Elemente auf der Rechten seien weit davon entfernt, zu verlangen, dass Oesterreich als slavischer Staat behandelt werde, nur als polyglottter Staat sei es anzusehen; Gleichberechtigung aller Stämme, nicht Herrschaft eines Stammes über die anderen sei erforderlich. Durch die ganze Rede des Abgeordneten aus Galizien wehte ein warmer, wohlthuender Zug von Versöhnlichkeit, ebenso wie durch die des Justizministers — die Rechte rief lebhaft Beifall, die Linke, die den heftigen Tiraden Herrn von Pleners zugejaucht hatte — blieb kalt. Dr. Menger (von der Linken), ein Redner, der es seit jeher liebt, den Galiziern etwas am Zeuge zu flicken, polemisierte in einer längeren Ansprache gegen den Grafen Dzieduszyci und berief sich auf Pericles, Miltiades und Themistokles. Themistokles würde sehr erstaunt sein, könnte er vernehmen, dass er bei Gründung der athenischen Kriegsmarine an die Abwehr gegen den Ezechismus gedacht habe. Nachdem Dr. Menger genug Polen erschlagen und Griechen gemisshandelt hatte, machte er sich an die Czechen, speciell an den Abgeordneten Adámek, dem er "Angeberei" vorwarf, ein Ausdruck, der vom Vorsitzenden, Vicepräsidenten Grafen Richard Clam, gerügt wurde. Herr Dr. Menger, den die Vorbeeren seines Collegen von der Egerer Handelskammer nicht schlafen ließen, machte zuletzt noch einen Excurss auf das Gebiet der auswärtigen Politik und erklärte, die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, Russland und Italien seien nicht aufrecht zu erhalten, wenn man die Deutschen, Ruthenen und

Italiener unzufrieden mache. Es ist sehr patriotisch und läblich von Herrn Dr. Menger, dass er dem Fürsten Bismarck, den Herren v. Giers und Mancini Materiale gegen den österreichischen Staat an die Hand gibt, indessen möchten wir dem verehrten Abgeordneten raten, sich vorläufig nicht die Köpfe der genannten Minister zu zerbrechen. Wenn Deutschland, Russland, Italien die Allianz Oesterreich-Ungars suchen, so verstehen sie darunter nicht Freundschaft eines Volksstamms und nicht die Zustimmung eines einzelnen parlamentarischen Redners, sondern die Verbindung mit dem Reich als einem Ganzen, und diese Verbindung ist unabhängig von jeder parlamentarischen Opposition.

Resümieren wir das Resultat der gestrigen Sitzung, so haben wir: eine versöhnliche Rede des Justizministers, eine versöhnliche Rede eines Abgeordneten aus Galizien, zwei Brandreden von der Linken — es ist gut, das zu constatieren.

Heute wird die Budgetdebatte fortgesetzt und wahrscheinlich zu Ende gebracht.

Reichsrath.

341. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 11. März.

Se. Excellenz der Herr Präsident Dr. Smolka eröffnet um 11 Uhr 10 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe und Ihre Excellenzen die Herren Minister Dr. Freiherr v. Biemialowski, Graf Falkenhayn, Dr. Freiherr von Brzak, Dr. Freiherr v. Conrad-Gybesfeld, Dr. Ritter von Dunajewski und Freiherr v. Pinon.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionschef Ritter von Auerhammer und Oberrechnungsrath Eibel.

Zur Vertheilung gelangt die Regierungsvorlage betreffend den Abschluss eines Uebereinkommens mit der Landesvertretung von Steiermark bezüglich der sogenannten Invasion-Forderungen Steiermarks vom Jahre 1809.

Nach Mittheilung der eingelangten Petitionen wird die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Einführung besonderer Erbtheilungsvorschriften für landwirtschaftliche Besitzungen mittlerer Größen in erste Lesung gezogen und auf Antrag des Abgeordneten Ritter von Groholski dem Agrar-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Das Haus schreitet hierauf zur Fortsetzung der Generaldebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1884. Das Wort nimmt Se. Excellenz Finanzminister Dr. Ritter von Dunajewski.

(Die Rede Sr. Excellenz haben wir in der gestrigen Nummer unseres Blattes vollinhaltlich mitgetheilt. Anm. d. Red.)

Abg. Tonner, welcher unter großer Unruhe des Hauses das Wort nimmt, wendet sich gegen die pessimistische Darstellung, welche das Budget und die finanziellen Zustände des Staates von Seite der Redner der Linken gesunden haben. Indem er gegen deren Aussführungen polemisiert, stellt er dem rechnungsmässigen Deficit den wirklichen Abgang gegenüber und hebt die Summen hervor, welche das Deficit hauptsächlich veranlassen, aber zu productiven Anlagen verwendet werden, wie zum Baue der böhmisch-mährischen Transversalbahn und anderer Bahnen, über deren Nutzen sich der Abg. von Plener mit Unrecht so geringhändig ausgesprochen habe. In dieser Beziehung und in der ganzen Behandlung des Budgets glaubt der Redner das Verhalten der jetzigen Majorität, als sie in der Minorität und Opposition war, als Plüster vorhalten zu dürfen. Den Vorwürfen, dass die Majorität ihre Stellung zur Erreichung verschiedener Sonderzwecke ausnütze, erwidert der Redner: Wir sind zur Realisierung unserer Pläne berechtigt, und wenn uns die Regierung dabei unterstützt oder doch nicht entgegentritt, so übt sie nur Gerechtigkeit; es ist daher auch nur natürlich, dass wir uns bemühen, die Bügel der Regierung nicht wieder in die Hände unserer Gegner gerathen zu lassen, von denen wir Gerechtigkeit nicht zu erwarten haben. Wie berechtigt und zugleich wie maßvoll übrigens die An-

sprüche der jetzigen Majorität seien, daß illustriert der Redner an der Errichtung und Einrichtung der böhmischen Universität in Prag. Den auf der Gegenseite laut gewordenen Ausruf: Armes Parlament! findet der Redner einigermaßen begründet, aber nur insofern, als das Parlament sich so viel mit nutzlosen Streitigkeiten quälen müsse. Da die Nationalitäten- und Sprachenfrage von der Gegenseite in die Budgetdebatte hereingezogen worden, so geht der Redner auch seinerseits darauf ein, um die erhobenen Vorwürfe zu widerlegen oder richtigzustellen und Klagen mit Gegenklagen zu beantworten. Er erinnert dabei u. a. auch an die „struppigen Karhatidenhäupter“ Hebbels, ist aber weit davon entfernt, die deutsche Nation für ähnliche Verunglimpfungen verantwortlich machen oder sie der Feindseligkeit gegen die Slaven zeihen zu wollen. Er geht dann näher auf die Nationalitäts- und Sprachenverhältnisse Böhmens ein, über welche er eine Reihe von statistischen Daten anführt; auf die Forderungen bezüglich des Gebrauches der böhmischen Sprache in Schule und Amt, um den üblichen Entstellungen der billigen Forderungen entgegenzutreten. Redner schließt seine Rede mit einer energischen Verwahrung gegen die Zweitheilung Böhmens, die nur der Anfang einer Berstückelung Österreichs wäre, da sie ja auch die Theilung anderer Kronländer zur logischen Consequenz hätte. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Ruz wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Budgetdebatte nichts als Monologe enthalte. Der Vorwurf sei berechtigt, man dürfe aber nicht übersehen, daß in den gehaltenen Reden kein Stoff geboten worden sei, welcher den Ausführungen den Charakter einer Debatte gegeben hätte. Er selbst habe nur Anlaß, zwei Rednern zu erwideren: dem Abg. Adámek und dem Abg. Grafen Dzieduszycki. Wenn der erstere dem Abg. Garneri gegenüber vom Sinken der Actien des Spiritismus sprach, so kennt er nicht die Bedeutung des Mannes und seine philosophische Richtung. Ein Angriff auf ihn trifft auch die gesammte Partei. Was die loyalen Neuerungen des Abg. Grafen Dzieduszycki anbelangt, so theile er den Inhalt derselben; doch habe jener Redner vergessen, daß im politischen Kampfe derlei Neuerungen nicht an die Stelle von Argumenten treten sollen.

Redner wendet sich hierauf zur Besprechung der politischen Situation, und da er in der Erwartung lebt, daß die Regierung das Haus auflösen werde, so will er über die fünfjährige Session die Bilanz ziehen. Er erinnert an die Sprachenverordnung, welche die Aufregung in Böhmen genährt, und an den Übergang zur Tagesordnung über den zur Beschwichtigung der Beunruhigung eingebrachten Antrag Wurmbrand. Abg. Grégr habe eine vom Redner in einer Wählerversammlung gemachte Neuersetzung über das friedliche Zusammenleben beider Volksstämme Böhmens citiert, aber den Schluss übersehen: das Recht der Erstgeburt in dieser Völkerfamilie werden wir nie preisgeben und auch nicht um das Linsengericht der Verjährung verkaufen. Die deutschböhmische Frage, die man ihrer Wichtigkeit wegen nicht als provinzielle ansehen kann, wird immer wieder an die Oberfläche treten. Die Deutschböhmnen fassen ihre Stellung von dem Gesichtspunkte auf, daß sie mit den Deutschen in den übrigen Ländern zusammenhängen. Das Schlagwort der Zweitheilung sei vollständig missdeutet worden. Die Deutschen müssen vor allem sich gegen das Missverständnis verwahren, als wollten sie eine Trennung der Verwaltung. Sie halten fest an der Einheit derselben, allein sie wollen, daß die Deutschen in Böhmen in den ungemischten Sprachgebieten dasselbe Recht genießen, wie in den übrigen Provinzen Österreichs. Die innere Amtssprache, d. h. sowohl die Gerichts- als die Verwaltungssprache, soll allein die deutsche sein, und darin kann man nichts Verleidendes finden. In den gemischten Bezirken sollte der Grundsatz eifrigster Gleichberechtigung aufrechtgehalten werden; das schließe natürlich nicht aus, daß auch in den rein deutschen oder rein czechischen Gebieten einzelne Beamte im Verkehre mit Parteien sich der anderen Landessprache bedienen können, daß also in dieser Richtung ein Zwang nicht bestehet. Auch sei es erwünscht, daß im Instanzenzuge in den verschiedenen Sprachen der ersten Instanz amtiert, daß aber jedenfalls den Parteien das Urtheil in ihrer Sprache intiniert werde. Er habe diesbezüglich jedoch nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck gegeben. Fasst man die Zweitheilung von diesem Gesichtspunkte auf, dann werden alle Einwürfe verstummen müssen.

Wir weisen mit Entrüstung den Anwurf zurück — sagt Redner — als ob wir Deutsche ein Verwaltungsgebiet schaffen wollten, das bei irgend einem Zusammenstoße leichter nach Norden absallen könnte. (Beifall links.) Die Linken halte an dem Bündnisse mit Deutschland fest, und sie begrüße auch die Bildung der deutschen freisinnigen Partei im deutschen Reichstage mit Freude. (Beifall. Schönerer rast: Oho! Heiterkeit.) Wir wollen den nationalen Frieden, fährt der Redner fort, daher auch ein Sprachgesetz. Ist der nationale Frieden einmal hergestellt, so werden viele jetzt durch den Nationalitäten-Streit gebundene und zurückgedrängte liberale Elemente in den Vordergrund treten, und dann wird die gegenwärtige Regierung vom

Schauplatze verschwinden. Wenn aber der Liberalismus wieder ans Ruder kommt, dann werden auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse Befriedigung erhalten und die wirtschaftlichen Zustände sich ändern. Der Redner kommt auf die Thätigkeit der Regierung im Unterrichtswesen zu sprechen, die er tadeln, auf die Schulnovelle und die Durchführungsverordnung, mit der die Liberalen zufrieden sein könnten, welche aber zu dieser Novelle durchaus nicht passe. Dasselbe System zeige sich auch in der wirtschaftlichen Politik der Regierung. Das zeige die Action in der Arbeiterfrage, welche zu allen Folgen geführt habe, welche die Liberalen schon 1880 vorausgesagt, als man die Arbeiter gegen sie auszuspielen begonnen habe. Die von dem Gewerbeausschusse in der bekannten Enquête unter Vorsitz des Abg. von Gallinger vernommenen Arbeitersührer predigten die sociale Revolution. Die Folge sei jetzt der Ausnahmszustand. Wie die Arbeiter habe man auch den Kleingewerbestand und die Bauern gegen die Liberalen auszuspielen versucht. Bezuglich der Bauern war in Böhmen der Erfolg den Erwartungen entgegengesetzt, denn liberale Bauernvereine wurden gegründet. Es sei indes sehr bedenklich, den Bauernstand in die politische Bewegung hineinzuziehen, denn der selbe werde unter Umständen auch radical, wie eben das Beispiel von Dänemark, Schweden und Norwegen zeige. Der Redner kommt auf das jüngst eingebrachte Höfegesetz zu sprechen, mit welchem nach seiner Meinung rasch für den Erlass der galizischen Grundentlastungsschuld Stimmung gemacht werden wolle. Er verliest gedruckte Neuersetzung von Dr. Rudolf Meyer, dem „spiritus rector“ der Gegenpartei in der socialen Politik, der sich scharf über die aristokratische Socialpolitik in Österreich ausspricht. Die Stützen der Regierung, führt der Redner weiter aus, streben die Decentralisation und den Föderalismus an. Die Politik der Regierung aber, welche die kleinlichsten nationalen Bestrebungen verhätschle, werde ganz andere Früchte als die erwarteten tragen, wie sich bei künftigen Wahlen zeigen werde. Das deutsche Volk in Österreich beginne sich aufzuraffen. Seine Vertreter auf der Linken wollen nicht bloß Deutsche, sondern vor allem Österreicher sein; sie werden aber den bisherigen Kampf unentwegt fortführen. (Bravo! Beifall-Rufe links.)

Se. Exc. Ackerbauminister Graf Falkenhayn:

Hohes Haus! Ich habe mir das Wort nur zu einer Berichtigung erbettet, und zwar darüber, daß mir eben von dem letzten Herrn Redner vorgeworfen wurde, ich hätte in der Sitzung des Agrar-Ausschusses unlängst auf eine Interpellation die Antwort gegeben, daß das Gesetz, welches ich an dem darauffolgenden Tage vorgelegt habe, noch nicht alle Stadien der Reife durchgemacht hätte, welche notwendig sind, damit ein Gesetz im Reichsrath eingebracht werden könne; über Nacht sei aber diese Reife eingetreten und das Gesetz sei da gewesen, jedoch ohne den Motivenbericht.

Die Sache hat sich ganz einfach so verhalten: Erstens ist es unrichtig, daß ich gesagt hätte, es habe der Gesetzentwurf nicht alle Stadien der Reife durchlaufen, sondern der Herr Abgeordnete, der die Interpellation an mich richtete und mich fragte, wie es sich mit dem in allen Zeitungen publicierten Gesetzesprojekte verhalte, wird sich ganz wohl erinnern, und auch die anderen Herren werden es eben so gut wissen, daß ich gesagt habe, das Gesetz habe noch nicht alle Stadien durchlaufen, welche notwendig sind, damit ein Gesetz von der Regierung im Reichsrath eingebracht werden könne. Das hat vollständig der Wahrheit entsprochen, und das Stadium, in dem sich das Gesetz damals befand, war jenes, daß das Gesetz Sr. Majestät zu dem Zwecke unterbreitet worden war, die Allerhöchste Ermächtigung zu erwirken, dasselbe einzubringen zu dürfen. Nachdem aber dieses Gesetz durch eine mir bisher unbegreifliche Indiscretion in die Zeitungen gekommen war und da besprochen wurde, nachdem ich von dem geehrten Herrn Abg. Dr. Sturm im Ausschusse befragt worden war, wie es sich damit verhalte, habe ich Sr. Majestät die Bitte unterbreitet, mich zu ermächtigen, das Gesetz, wenn es eingebracht werden solle, sofort einbringen zu dürfen, damit alle Discussionen und Kritiken in den Zeitungen, ob das so oder nicht so ist, dadurch abgeschnitten seien und das Gesetz selbst dem hohen Hause übergeben werde.

Ich bitte Sie, den Vorgang, wie er dargestellt wurde, nicht als eine Art Bauernfängerei zu betrachten, sondern nur als jenen einfachen natürlichen Vorgang, wie er bei dem Zustandekommen eines jeden Gesetzes stattfinden muß. (Lebhafte Beifall rechts.)

Der Präsident bricht hierauf die Debatte ab.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister Dr. Ritter von Dunajewski überreicht eine Regierungsvorlage, betreffend die Beheiligung des Staatschäzes an den Kosten der Regulierung des Glan-Flusses.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung für morgen vormittags 11 Uhr an mit folgender Tagesordnung:

1.) Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Invasionschuld von Steiermark.

2.) Wahl eines Mitgliedes in den Gewerbeausschuss an Stelle des Abg. Dr. Mikyška.

3.) Fortsetzung der Budgetdebatte.

Schluss der Sitzung 3 Uhr 15 Min.

342. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 12. März.
Se. Excellenz der Herr Präsident Dr. Smolka eröffnet um 11 Uhr 10 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Biemontowksi, Graf Falkenhayn, Dr. Freiherr von Pratzl, Dr. Freiherr v. Conrad-Ehnesfeld, Dr. Ritter von Dunajewski und Freiherr von Pino.

Zur Vertheilung gelangt die gestern eingebrachte Regierungsvorlage, betreffend die Beitragsteilung des Staatschäzes zu den Kosten der Regulierung des Glan-Flusses in Kärnten. Nach derselben soll der Staatschätz zu den Kosten dieser Regulierung im Gesamtbetrage von 195 000 fl. einen Beitrag von 58 500 fl. leisten.

Nach Mittheilung der eingelangten Petitionen schreitet das Haus zur Tagesordnung.

Die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über den Abschluß eines Uebereinkommens mit der Landesvertretung von Steiermark bezüglich der sogenannten Invasionsforderung Steiermarks aus dem Jahre 1809, wird in erste Lesung gezogen.

Abg. Dr. Mattus beantragt die Zuweisung an den Budget-Ausschuss.

Abg. Dr. Heilsberg unterstützt diesen Antrag, nimmt aber den Anlaß wahr, um gegenüber den im Motivenberichte der Vorlage enthaltenen Ausführungen zu bemerken, daß das Invasionsanlehen für den Staat unter Bürgschaft des Landes gemacht worden und daher eigentlich als eine Schuld des Staates zu betrachten sei. Im Laufe der Zeit habe sich diese Verpflichtung so verschoben, daß dermalen der Staat eine Abfindung von 320 000 fl. für Leistungen von nahezu sieben Millionen Gulden biete.

Der Antrag des Abg. Dr. Mattus wird hierauf angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl eines Mitgliedes in den Gewerbe-Ausschuss. Die Stimzettel werden abgegeben und das Scrutinium dem Bureau des Hauses übertragen.

Es folgt die Fortsetzung der Budgetdebatte.

Abg. Dr. Eduard Grégr erklärt, daß ihm aus dem bisherigen Verlaufe der Budgetdebatte besonders das glänzende Duell zwischen dem Abg. Dr. v. Plener und Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister vor Augen schwebe. Beiderseits sei für Angriff und Abwehr so viel Material angeführt worden, daß es einem in der Finanzwirtschaft weniger versierten Abgeordneten schwer falle, sich in den Zifferncolumnen zuretzufinden. Er wolle in dieser Beziehung sich jeder weiteren Ausführungen enthalten, nur der Bemerkung des Abg. Dr. v. Plener inbezug auf die Reform der Wahlordnung der Prager Handelskammer müsse er mit der Erklärung entgegentreten, daß dieselbe nichts anderes gewesen sei, als die Sanierung eines schreienden Unrechtes an der überwiegenden Mehrheit der böhmischen Bevölkerung des Prager Kammerbezirkes. Redner wendet sich hierauf zu den Ausführungen des Abg. Dr. Ruz und begrüßt die Erklärungen desselben mit Freude, namentlich aber die Verhorresierung der Theilung Böhmens. Durch die Ausführungen des genannten Abgeordneten habe dieses Phantom seine aufreizende, seine agitatorische Macht verloren. (Beifall rechts.) Das friedliche Nebeneinanderleben beider Volksstämme könne auch nicht anders als durch eine Vereinigung, durch das Zusammenhalten, aber niemals durch die der Geschichte Böhmens widerstrebende Trennung erfolgen. Ueber den Vorschlag, den der Abg. Dr. Ruz im Detail zeichnete, sei vorläufig ein decisives Urtheil nicht möglich, und man könne ihn daher nur als sehr schätzenswertes Material betrachten, das zur Klärung von großem Nutzen sein wird. Wenn es sich wirklich nur um die nationale sprachliche Stellung der deutschen Stammesgenossen handelt — sagt Redner — dann sind wir gern bereit, ihnen alle möglichen Garantien zu geben, verlangen andererseits aber auch die verlässlichsten Garantien, daß keine für die Einheit des Landes schädliche Folgen daraus entstehen, und so lange nicht Sicherheit geboten wird, daß dieser administrative Riss sich nicht eines Tages zu einem tiefen Spalte erweitert, ist der Vorschlag nicht annehmbar.

Dem Abg. Ritter v. Garneri hätte ich gern ausführlich geantwortet, allein ich bin belehrt worden, daß er seitens der Linken als noli me tangere behandelt wird, und deshalb will ich ihn nicht näher berühren. Nur scheint es mir, daß, wenn man mit brennenden Bechkränzen um sich wirft, man es doch erlauben sollte, daß auch wieder herübergeschossen wird. Ich war sehr neugierig, ihn zu hören, weil sein Ruf als Philosoph sogar bis in die böhmischen Wälder gedrungen war und ich überhaupt noch nie einen Philosophen sprechen gehört habe. Ich war aber enttäuscht, denn ich sah

bei einem Philosophen Ruhe und Objectivität voraus und gewährte dagegen nur die Eruption eines leidenschaftlich erregten Gemüthes, so dass ich ihm gern den praktischen Lehraus eines bewährten anonymen Lebensphilosophen empfehlen möchte: „Mensch, ärgere dich nicht!“ (Große Heiterkeit im ganzen Hause.)

Der Abg. Dr. Menger war so liebenswürdig, die Czechen und Polen mit den barbarischen Persern zur Zeit des Themistokles, sich selbst aber mit den gebildeten Hellenen zu vergleichen. (Heiterkeit rechts.) Solche Vergleiche und solche Redeweise zeugen aber kaum von attischer Feinheit und hellenischem Salze. (Sehr gut! rechts.) In seiner hellenischen Art zu sprechen, hat er dem Abg. Grafen Dzieduszycki „grobe Unwissenheit“ vorgeworfen. Nach dem Geschmacke so eines czechischen Persers wäre dieser Ausdruck nicht. (Lebhafte Heiterkeit.) Es ist das eben der Ausdruck eines hellenisch Gebildeten der Linken. (Neuerliche Heiterkeit.) Doch hat er dabei selbst große Unwissenheit an den Tag gelegt, denn Graf Dzieduszycki wird nicht, wie er sagte, wegen seines Auftretens im galizischen Landtage oder weil er Vorsitz eines Clubs ist, was er ja gar nicht ist, sondern deshalb der Athener genannt, weil er ein Buch über Athen geschrieben hat. (Sehr gut! rechts.)

Ich wende mich nun zur eigentlichen Budget-debatte, doch werde ich mich nicht in die Tiefen und Ergränge des österreichischen Budgets einlassen, was ich geschickteren Lauchern überlasse, sondern nur einige Eindrücke vorbringen, die ich bei flüchtiger Beobachtung unserer Finanzwirtschaft empfangen habe. Mit inniger Freude habe ich wahrgenommen, dass die Einnahmen von Jahr zu Jahr erheblich wachsen. Die Papierrente hat einen so hohen Cours wie noch nie. Man kann unmöglich unbeachtet lassen, dass ganz ungewöhnliche Summen auf productive Investitionen verwendet wurden. Auch hieße es, den Kopf in den Sand stecken, wollte man nicht sehen, dass gerade unter dem jetzigen Regime im Eisenbahnbewesen durch die Verstaatlichung sehr erfreuliche Schritte nach vorwärts geschehen sind, und jeder Unbesangene wird sehen, dass die Behauptung, welche beim Antritte der jetzigen Regierung von jener Seite aufgestellt wurde, dass sie das Arcanum, das einzige Mittel besitze, eine geheimliche volkswirtschaftliche Politik zu treiben, eine Fabel ist. (Sehr gut! rechts.)

Aber ich würde nicht unparteiisch genannt werden können, wenn ich nicht auch die Schattenseiten sehen würde. Das sind die beständig sich steigernden Auslagen des Staates, das Goldagio, die classische Einlichkeit des Mittels, um das Deficit aus der Welt zu schaffen, nämlich neue Steuern. Dadurch aber werden hauptsächlich wieder jene Kreise der Bevölkerung belastet, die schon unter der jetzigen Steuerlast fast zu Boden sinken. Der Realbesitz ist der Atlas, der noch immer die größten Lasten trägt, und es ist bedauerlich, dass noch immer nicht die Mittel gefunden worden sind, um auch die Capitalisten und namentlich die Millionäre entsprechend heranzuziehen. Heutzutage neue Steuern! Ja wenn nur nicht die fatalen Wähler wären. Es geht uns wie dem Vater, der vom Jahrmarkt heimkommt und von den Kindern gefragt wird, was er schönes nach Hause bringe. Wenn wir mit neuen Steuern kommen, dann winkt uns ein frostiger Empfang. Gerade wir czechischen Abgeordneten kommen jedes Jahr mit vollen Taschen der hässlichsten Dinge nach Hause. Was haben wir Böhmen denn von dieser Regierung bekommen? Eine Sprachenverordnung, die zu einem wahren Krisapsel geworden ist, eine defekte Universität, einen abhandengekommenen Landesmannminister (große Heiterkeit) und das Versprechen, den Bau der böhmisch-mährischen Transversalbahn in Angriff zu nehmen. Eine czechische Regierung nennt man die gegenwärtige, und doch ist gerade durch den Mund des uns am nächsten stehenden Ministers das böhmische Staatsrecht negiert worden. Und weiter haben Sie noch den „Czechen“ Grafen Falkenhayn, den „Czechen“ Freiherrn von Pino, den „Czechen“ Grafen Welfersheim, den „Czechen“ Freiherrn von Conrad. (Große Heiterkeit.)

Nach der linkerseits beliebten Terminologie ist Freiherr von Prošek ein slavischer Mährer, und man sollte meinen, dass es wenigstens in Mähren den Slaven besser gehe, als im Königreiche Böhmen. Aber diesen geht es noch weit schlimmer. In Mähren bestehen noch immer Institutionen und Verhältnisse, die ein trauriges Erbstück früherer Regierungen sind, und man beeilt sich noch immer nicht, sie abzuschaffen, obgleich sie mit dem so oft betonten Grundsatz des gleichen Rechtes in schreiendem Widerspruch stehen. Noch immer sind in slavischen Bezirken Beamte, die der slavischen Sprache nicht mächtig oder die Mitglieder slavenfeindlicher Vereine sind. Dadurch entsteht in der Bevölkerung Misstrauen gegen die Intentionen der Regierung; und die Utraquissierung der Schulen ist doch nichts anderes, als der Weg zur Entnationalisierung. Redner versichert, dass die Czechen, eingedenkt der eigenen Erfahrungen und Leiden, nicht daran dachten, die Deutschen in Böhmen slavifizieren zu wollen, wenn das selbst möglich wäre. Auf den vom Abgeordneten Pleiner den Jungczechen gemachten Vorwurf, eine extrem nationale Partei zu sein, erwidert er, wenn der Vorwurf bedeuten sollte, dass die Jungczechen kein

Atom von den nationalen Rechten ihres Volkes vergeben wollen und werden, dann verdienen ihn alle Czechen, und sie nehmen ihn mit Stolz an. Dann gehörte aber auch der Abg. Pleiner einer extrem nationalen Partei an, der deutsch-liberalen, die aber über das Extrem der Czechen weit hinausgehe und nicht nur das gleiche Recht für ihre eigene Nationalität, sondern die Herrschaft über alle anderen verlange. Der Redner und seine Partei sind bei aller Wahrung der eigenen Nationalitätsrechte stets bereit, die Fremden zu achten. Sie wissen auch recht wohl, dass es neben der Nationalität noch andere Güter für ein Volk gibt: Bildung und Wohlstand. Sollte es denn nicht möglich sein, dass die Völker Österreichs diese Güter erlangen, ohne sich zu befrieden und zu beneiden? Es sei gesagt worden, dass Napoleon III. die Nationalitäts-Idee aufgebracht habe, um Österreich Lahmzulegen. Nach der Überzeugung des Redners ließe sich aber gerade die Nationalitäts-Idee zum großen Vortheile Österreichs ausnützen, und das würde auch dessen Finanzen sehr zu statten kommen, denn ein Hauswesen, wo Eintracht statt Zwietracht herrsche, das blühe. Die Herren auf der Gegenseite nehmen sehr mit Unrecht das Privilegium, für Freiheit und Fortschritt zu kämpfen, für sich allein in Anspruch. Durch ihre nationale Herrschaft und Unbildung haben sie gerade andere liberale Elemente genötigt, vor der ihnen vorgehaltenen falschen Freiheit Schutz zu suchen bei Männern, welche zwar weniger von Freiheit sprachen, aber ihnen doch das nackte Leben ließen. (Lebhafte Beifall rechts.) Wenn es der Rechten jemals gestattet sein sollte, auf die Verfassungs-Institutionen Einfluss zu nehmen, werde sie niemals die Freiheit zur Dienerin einer Partei oder einer Nationalität machen. (Applaus rechts.)

Redner wendet sich hierauf der Besprechung der äusseren Politik zu, vergleicht die dermalige Situation mit dem verschleierten Bilde von Saß und erklärt, dass er jede Allianz für eine gute halte, die dem Frieden und der Wohlfahrt der Völker dienlich sei. (Beifall rechts.) Nach diesem Excuse auf das Gebiet der äusseren Politik wendet sich Redner der inneren Politik zu. Vor allem wünscht er den Streit zwischen Czechen und Deutschböhmern als eine rein häusliche Angelegenheit aus dem Parlamente verbannen; dasselbe solle nicht der Tummelpalz von Nationalitäten-Streitigkeiten sein, und dies sei eine Hauptursache, dass der Parlamentarismus in Österreich so tief gesunken, dass das geflügelte Wort: „Armes Parlament!“ einen so mächtigen Widerhall gefunden. Dies Wort habe ihn schmerzlich berührt; es enthalte eine ganze Welt zerstörter Ideale, fast scheine der Zweifel berechtigt, dass Österreich seiner Natur nach überhaupt nicht für den modernen Constitutionalismus geeignet sei. Die Verfassungspartei habe ihr Kind, die Februar-Verfassung, gepflegt und nach ihrer Art groß gezogen; jetzt nach 22 Jahren, nachdem das Kind als kräftiger Jüngling dastehen sollte, jetzt fürchte sich die Verfassungspartei selbst vor der kläglichen Jammergestalt, schläge die Hände zusammen und rufe: „Armes Parlament!“ (Lebhafte Heiterkeit und Beifall rechts.) Wie stehe dagegen der kräftige Constitutionalismus in Ungarn ab. Die dortige Volksvertretung basiere auf einer gesunden Gliederung politischer Parteien, was hier nicht der Fall sei. Das österreichische Parlament sei lebensmüde, und wenn es stets so gehalten werde, wie bei dieser wichtigen Debatte, wo die Abgeordneten der einen Seite stets vor den Reden der anderen Seite die Flucht ergreifen (Heiterkeit), so werde man eines Tages sagen, der österreichische Parlamentarismus sei abgelaufen wie eine Wanduhr. (Beifall rechts.) Das österreichische Parlament sei aber nicht nur arbeitsmüde, es sei auch frust. Die Heilung sei nur möglich, wenn der unfruchtbare Boden nationalen Streites verlassen und das Gebiet der Agrar-Gesetzgebung, der großen sozialen Fragen erfolgreich betreten werde. Das Haus sollte nicht auseinandergehen, ohne wenigstens die diesbezüglichen Vorlagen der Regierung erledigt zu haben.

Redner kommt nun auf die Entstehung der österreichischen Verfassung zu sprechen. Man wollte — führt er aus — ein deutsches Parlament zu stande bringen und schuf zu diesem Zwecke eine künstliche Wahlordnung mit ihrer Interessen-Vertretung, die ein wahres Unicum ist. Das Kunststück gelang zuerst; dann kamen Unglücksfälle und infolge derselben die Umgestaltung der Februar-Verfassung von 1861 in die Dezember-Verfassung von 1867, welche die Idee eines deutschen Österreich und deutschen Parlamentes in kleinerem Umfange verwirklichen sollte. Daher auch die Beibehaltung der Wahlordnung und Interessen-Vertretung. Weil der Zweck doch nicht erreicht wurde, schlägt man jetzt die Ausscheidung von Galizien und Dalmatien aus dem Rahmen der Verfassung vor, um die Germanisation mit sicherem Erfolge auf die übrigen Länder zu concentrirren. Die österreichische Verfassung sei von ihres Grundgedankens Blässe angelässt, und das sei der Grund, warum sie bei den Völkern so wenig Anklang gefunden. Wenn die Redner der Linken jüngst bei der Debatte über die Ausnahmsverordnungen über die kümmerlichen Freiheitsrechte geklagt haben, so hätten sie nur sich selber ihrer Unterlassungsfünden angellagt.

Redner und seine Partei wollen durchaus nicht den Umsturz dieser Verfassung durch neue Octroyierung

gen; sie halten dieselbe für verbessерungs- und entwicklungsfähig und glauben, dass durch gemeinsame Arbeit ein gesunder Constitutionalismus aus ihr sich entwickeln könne. Der Redner zählt auch auf eine gemeinsame Arbeit, denn die Gegenpartei habe aus der Abstinenzpolitik der seinigen Nutzen gezogen und aus deren Schaden gelernt. Es sei daher auch das Gespenst einer deutschen Abstinenzpolitik nicht zu fürchten, eher ein anderes Gespenst, welches als reactionärer Absolutismus Fleisch und Blut gewinnen würde. Auch dieser Absolutismus würde kein deutscher sein, er würde versuchen, mit den Mitteln der Gewalt die Aufgaben zu lösen, welche der Parlamentarismus nicht zu lösen vermochte. Von dem österreichischen Parlamentarismus aber werde es dann heißen, er sei seiner großen Aufgaben nicht gewachsen gewesen, er habe geglaubt, ein Ilum zu erschaffen und statt dessen einen Froschmäusekrieg geführt. Der Redner fordert schließlich die Gegenpartei auf, den Gedanken aufzugeben, dass Österreich deutsch sein müsse; es solle weder deutsch noch slavisch sein, sondern ein Verein gleichberechtigter und gleichstrebender Nationalitäten. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Dobslamer wird der Schluss der Debatte angenommen.

Zu Generalrednern werden von den noch für und wider den Ausschussantrag eingetragenen Rednern Dr. Mattus und Dr. Herbst gewählt.

Abg. Dr. Herbst findet es, da das Budget auch ein Ausdruck der politischen Zustände des Staates ist, erklärlich, dass die Budgetdebatte nach allen Seiten über das Budget hinausgreift. Auf die von der Gegenpartei vorgebrachten Vorwürfe gegen seine Partei wolle er diesmal nicht antworten, da dieselben schon oft genug widerlegt worden, und es sei daher mehr als auffallend, dass der Abg. Dr. Grégr eben wieder die Linke für die schweren Opfer, welche die Verstaatlichung der Franz-Josef- und der Rudolfsbahn erheische, verantwortlich machen wolle und daher nicht einmal wisse, wann und wie diese Bahnen concessioniert worden seien. Statt wieder auf diese und andere längst widerlegte Anklagen zu antworten, will der Redner sich lieber mit dem Berichte des Budget-Ausschusses beschäftigen, dessen Gründlichkeit er anerkennt, wenn er auch vieles an demselben auszusehen hat, und zwar zunächst an den Biffern des Abgangs und der Specialisierung des Deficites. Er findet sowohl die Vermehrung der Einnahmen als die der Ausgaben in der Budgetvorlage und dem Ausschussberichte unrichtig dargestellt. Eine Verminderung der Ausgaben liege eigentlich nur bei den Eisenbahn-Subventionen, bei der galizischen Transversalbahn und bei den Pensionen vor. Die Abstriche seien willkürlich gemacht und ohne Rücksicht darauf, ob sie sich auch wirklich werden ersparen lassen, wie es bei der galizischen Transversalbahn gewiss nicht der Fall sein werde. Willkürlich sei auch bei den Ansätzen erhöhter Einnahmen vorgegangen worden, namentlich bei den Staatseisenbahnen, bei deren einer die Einnahmen auf das Fünffache erhöht worden seien, die Ausgaben aber gar nicht. Alle diese Voranschläge werden sich nicht verwirklichen, wie die Linke schon bei früheren Anlässen ganz richtig vorausgesagt habe. Der Herr Finanzminister habe allerdings mit Recht verlangt, dass nur Gleichartiges verglichen werde. Allein es werde in dem Berichte auch nicht der Voranschlag für 1884 mit dem für 1883, sondern mit diesem und seinem ganzen Anhange von Nachtragscrediten verglichen. Daher sei der Vergleich falsch.

Redner bespricht das Deficit und bezweifelt, dass sich dasselbe im nächsten Jahre günstiger gestalten werde, denn die Binsenerhöhung der Staatschuld halte mit der Vermehrung der Einnahmen gleichen Schritt, und da man die nächstjährige Bedeckung des Deficits nicht wie heuer zum großen Theile aus den Casseständen werde vornehmen können, so werde durch Bedeckung des Deficites neuerdings die Staatschuld gesteigert werden. Es bleibe also die Perspective, dass schließlich die Erhöhung der Steuern mit der Erhöhung der Binsenlast nicht werde gleichen Schritt halten können. Er tadelst, dass der günstige Zeitpunkt steigender Einnahmen nicht zur Consolidierung des Staatshaushaltes benötigt worden sei. Die drei Kriterien eines jeden Budgets: Deficit, Staatschuld und Valuta, sprächen nicht zu Gunsten der gegenwärtigen Finanzverwaltung, weil sie weder das Deficit vermindert, noch das Wachsen der Staatschuld verhindert, noch der Verschlechterung der Valuta vorgebeugt habe. Allerdings ständen diese drei Kriterien unter einander in Wechselwirkung, so dass ein Versäumnis bei einem Factor sich sofort in dem Producte aller drei Factoren wieder spiegelt. Länder, die früher zu den wohlhabendsten gezählt wurden, seien jetzt kaum mehr imstande, die Lasten zu tragen, sie verlangen nicht, dass man ihnen 70 oder 100 Millionen schenke. Das Gleiche des Abg. Grégr, dass die vom Parlamente heimkehrenden Abgeordneten von einem Jahrmarkt kämen, sei ein recht unglücklicher, denn auf einem Jahrmarkt werde gehandelt. (Große Heiterkeit links.) Wenn eine Majorität aus vier ganz verschiedenen Fraktionen bestehe, so könne dieselbe nur durch Concessionen zusammengehalten werden. Aber auch da gebe es eine gewisse Grenze, über die keine Regierung

hinaus kann. Handle es sich ums Zahlen, da höre

auch die Einmühligkeit der Fractionen auf. Es müsse bereits eine sehr kühle Temperatur auf der Rechten herrschen, wie dies auch der Umstand zeige, dass fast alle Redner der Rechten nur einer Fraction angehören. Von der galizischen Grundentlastungsschuld, von der Gebürennovelle sei es jetzt wieder sehr still geworden. Ja, es scheint fast, als ob eine Fraction ganz aus dem Hause verschwunden wäre.

Redner kommt sodann auf die Wahlen im mährischen Großgrundbesitz zu sprechen. Die Wahlcommission habe das Gesetz unzweckhaft verletzt, ohne dass der Wahlcommissär dagegen einschritt. Dies könne nur mit Zustimmung des Stathalters und wohl auch mit jener der Regierung geschehen sein.

Redner geht nunmehr auf die Beantwortung ein, welche die Interpellation an das Gesamtministerium über die vom Minister Freiherrn v. Proszk bei der Debatte über die Sprachenverordnung gethanen Neuflerung, betreffend das Staatsrecht und die tausendjährige Geschichte Böhmens, gefunden hat. Die Interpellation sei nicht rechtzeitig beantwortet worden und die Antwort posse nicht auf die angezogene Neuflerung des Ministers, denn man habe nie und nirgends unter dem Staatsrecht Böhmens im Zusammenhange mit dessen tausendjähriger Geschichte die gegenwärtige Verfassung verstanden; was der Redner auch aus früheren Erklärungen des Ministers nachzuweisen sucht. Bezüglich der Zweiteilung Böhmens hebt der Redner hervor, dass dieselbe in einem wichtigen Punkte bereits bestehet, und zwar ohne alle Beeinträchtigung des böhmischen Staatsrechtes, nämlich in den Schulbezirken, die durchwegs entweder czechische oder deutsche seien. Das könnte ja auch in der Gerichtsverfassung der Fall sein. Wenn es in Galizien zwei Oberlandesgerichte gebe, warum nicht auch in Böhmen ein deutsches und ein czechisches? Es ließen sich die Agenden sprachlich unter denselben ebenso vertheilen, wie sie unter den Senaten des Obersten Gerichtshofes vertheilt seien. In Steiermark soll das praktische Bedürfnis für die Gerichtssprache ausschlaggebend sein, in Böhmen aber das böhmische Staatsrecht!

Redner bespricht des weiteren die Gerichtsprüfung in früherer geschichtlicher Zeit Böhmens und sucht den Nachweis zu führen, dass die damaligen Gesetze nicht auf dem Standpunkte der vollen Gleichberechtigung der deutschen und böhmischen Sprache standen und dass die tausendjährige Geschichte Böhmens der Abgrenzung nach Sprachengebieten nicht widerstrebe. Ja, es wäre nach Ansicht des Redners ein Glück, wenn es gelänge, in Böhmen alle gemischten Bezirke in rein deutsche und rein czechische zu zerlegen, denn es führe nicht zum Frieden, wenn man Nichtzusammengehöriges zum Zusammenleben zwinge; eine unglückliche Ehe werde durch den Zwang nicht glücklicher. Es sei eine Forderung der Deutschen, die sie nie aufgeben werden, dass in den rein deutschen Bezirken nur deutsche Beamte angestellt werden; es sei dies eine Forderung des Hauses rechtes. (Beifall links.)

Dadurch, dass eine Partei in die Minorität kommt, geht sie nicht zugrunde, und die Linke sei nur deshalb in die Minorität gekommen, weil sie ihr nationales Interesse hinter das Staatsinteresse zurücktreten ließ. Und einer solchen Partei werfe man vor, dass sie zu sehr egoistische Zwecke verfolgt habe. Die Deutschen seien es allein in Österreich, die kein engeres und weiteres Vaterland haben, die sich als Österreichischer und nur als Österreichischer betrachten, und es würde darin eine große Gefahr liegen, wenn dies einmal nicht mehr der Fall sein sollte. Vier Jahre der Versöhnung seien verstrichen, und keiner der vielen Gegenseiter, die in Österreich bestehen, sei beseitigt worden. Da mag wohl manchen treuen Patrioten, wenn er die Zukunft ins Auge fasst, die Sorge beschleichen: Was soll, was wird aus unserem Österreich noch werden? (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links und auf der Gallerie.)

Der Präsident ermahnt die Gallerie, sich aller Beifalls- und Missfallensäußerungen zu enthalten.

(Schluss folgt.)

Locales.

— (Zum Schmerling-Jubiläum.) Der Herr Hofrat Dr. Rainer Ritter von Schmerling in Wien wurde anlässlich seines jüngst stattgestanden Jubiläums, wie man uns mittheilt, auch seitens des ärztlichen Vereins für Krain, und zwar auf telegraphischem Wege, beglückwünscht.

— (Der k. k. Gewerbe-Inspector) für Steiermark, Krain, Triest, Kästenland und Dalmatien, Herr Dr. Valentin Pogatschnigg, der, wie wir gemeldet haben, kürzlich die Gewerbe in Krain inspizierte, befindet sich derzeit in Triest, von wo er sich nach Dalmatien begeben wird. Nach seiner Rückkehr von dort werden die Fabriken in Görz, Haidenschaft u. s. w. von ihm besichtigt werden.

— (Enquête.) Um über die Hebung des Bauernstandes eingehende Berathungen zu pflegen, wird der krainische Landesausschuss eine Enquête einberufen, deren Verhandlungen am 16. April ihren Anfang nehmen sollen. An dieser Enquête werden sich über Einladung des Landesausschusses die h. Regierung, die Landtagsab-

geordneten, die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft durch drei Vertreter und verschiedene Landwirte als Experten beitreten. Die Berathungen werden sich unter anderem mit der bäuerlichen Erbsorge, mit der Hypothekarverschuldung und den bäuerlichen Creditverhältnissen, mit den Mitteln zur Förderung und möglichsten Hebung der Landwirtschaft und der heimischen Industrie (Strohhut- und Topffabrication, Wollwirkerei, Holz- und Lederwarenherstellung, Spitzentöpferei u. c.) und namentlich mit der Beschränkung des überhandnehmenden Brantweintrinkens befassen.

— (Aus Stein) schreibt man: In Kamenca entstand am 24. v. M. gelegentlich einer Tanzunterhaltung im Gasthause des Franz Bupančić zwischen einemheimischen Burschen und Burschen von Brdo ein Streit, der bald in eine Rauferei ausartete und einen sehr unglücklichen Ausgang hatte. Zwei Burschen aus Brdo griffen nämlich zu den Messern, stießen damit im Zimmer herum, wobei der Bursche Alois Stefin von Kamenca einen Stich unter dem rechten Vorderarm erhielt, infolge dessen er in wenigen Minuten verschied. Verwundet wurden außerdem auch der Wirt, der die Rauferei zu hindern suchte, dessen Bruder Johann Bupančić, ferner Andreas Vidmar, Albin Bupan und Johann Feunilar.

— (Aus Adelsberg) schreibt man: Der 18jährige Besitzerssohn Martin Može aus Pototsche führte am 29. v. M. einen mit zwei Ochsen bespannten Wagen Träme zum Verkaufe nach Triest. Nachdem es tagsdarauf unaufförlig geschneit und eine ungeheure starke Bora geherrscht hatte und Martin Može zu bestimmter Zeit mit dem Gespann nicht nach Hause gekommen war, so giengen dessen Vater Michael Može und der Besitzerssohn Michael Geledin aus Pototsche nach 8 Uhr abends demselben entgegen. Nach 9 Uhr abends fanden die beiden den gesuchten Martin, ungefähr 15 Minuten von Pototsche entfernt, auf dem Gemeindeweg, wo man von Gaberl gegen Pototsche geht, im Schnee, das Gesicht gegen die Erde zu, liegend und erfroren an, die Ochsen fanden sie vom Fahrweg circa 50 Schritte weg im Schnee an dem Wagen stehend. Der Verunglückte wurde gleich in die väterliche Wohnung übertragen, wo an ihm Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, welche jedoch erfolglos blieben.

— (Landwirtschaftliches Theater.) Auch der dritte Gastspielabend des Herrn Clemens Grün sah ein nahezu ausverkautes Haus, in welchem sich die gewählteste Gesellschaft versammelt hatte, um sich an dem edelgehaltenen Lebensbild "Doktor Bräsig" und darin in erster Linie an Grün's Spiele zu erfreuen, zu erheben. Und wahrlich, es war ein Kunstgenuss in des Wortes vollstem Sinne, den uns der hochgeschätzte Gast in dieser seiner Meisterleistung bot. Begleitete reichlicher Beifall die einzelnen Details in der Darstellung Grün's, so war dieser Beifall ein minutenlanger bei der Begegnung Bräsig's mit dem "Scheusal Pomuchelskopf". Mehr über diesen Abend, um den auch die übrigen Darsteller sich bestens verdient machen, morgen. — cs.

Neueste Post.

Original-Telegramme der "Laib. Zeitung"

Wien, 13. März. (Abgeordnetenhaus.) Die Regierung übermittelte einen Gesetzentwurf, betreffend die Zugeständnisse und Bedingungen zum Baue von Localbahnen. — Nach der Rede des Budget-Referenten beschloss das Haus mit großer Majorität, in die Specialsdebatte über das Budget einzugehen.

Wien, 13. März. Der Proces gegen den Frauenschänder Schenk hat heute früh um halb 10 Uhr begonnen. Nach Verlesung der Anklageschrift begann das Verhör.

Berlin, 13. März. Im Reichstage rechtfertigte heute Fürst Bismarck sein Verhalten in der Basler Angelegenheit.

Paris, 13. März. Die Franzosen zogen am 12ten März in Bac-Ninh ein; die Chinesen flüchteten. Der Verlust der Franzosen beläuft sich auf 70 Verwundete.

London, 13. März. (Offiziell.) Die britischen Truppen begannen mit Tagesanbruch den Kampf mit Osman Digma und nahmen das feindliche Lager nach heftigem Kampfe. Ihr Verlust beträgt über 70 Tote und 100 Verwundete.

Snakim, 13. März. Mit Tagesanbruch wurde der Feind durch die britische Infanterie und Artillerie aus den Verschanzungen verjagt.

Washington, 13. März. Auf Ansuchen des Präsidenten Arthur richtete der Generalanwalt ein Rundschreiben an die Districtsanwälte, wornach selbe zur Verhütung schändlicher Verbrechen die Verschiffungsbestimmungen genauestens überwachen und Uebertreter zur Rechenschaft ziehen sollen.

Wien, 13. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt der General-Berichterstatter über das Budget, Graf Heinrich Clam-Martinic, das Schlusswort, worauf zur Abstimmung geschritten wurde. Dieselbe ergab eine bedeutende Majorität für die Annahme des Staatsvoranschlages als Grundlage für die Specialsdebatte. In der Specialsdebatte wurden die ersten fünf Capitel des Voranschlages nach den Anträgen des Budget-Ausschusses

unverändert genehmigt. Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

St. Petersburg, 13. März. Das "Journal de St. Petersbourg" dementiert kategorisch die Meldung des "Standard" von der bevorstehenden Ernennung eines russischen Gesandten für Afghanistan.

Suakim, 13. März, 10 Uhr morgens. Die Schlacht begann bald nach Tagesanbruch. Der Feind wurde durch die englische Infanterie und Artillerie aus den Verschanzungen vollständig verjagt.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Oesterreichisch-ungarische Bank. Stand vom 7. März: Banknoten-Umlauf 345 022 000 fl. (— 2817 000 fl.), Silber 119 131 000 fl. (+ 292000 fl.), Gold 65 833 000 fl. (— 754 000 fl.), Devisen 13 601 000 fl. (+ 718 000 fl.), Portefeuille 126 585 000 fl. (— 1666 000 fl.), Lombard 22 746 000 fl. (— 903 000 fl.), Hypothekar-Darlehen 87 892 000 fl. (— 52000 fl.), Pfandbriefumlau 85 938 000 fl. (+ 298 000 fl.)

Laibach, 12. März. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 14 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh und 20 Wagen mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mitt.	Wiss.		Mitt.	Wiss.
	fl. fr.	fl. fr.		fl. fr.	fl. fr.
Weizen pr. Hektolit.	8 12	8 40	Butter pr. Kilo .	85	
Korn	5 85	6 33	Eier pr. Stück .	2	
Gerste	5 20	5 45	Milch pr. Liter .	8	
Hafer	3 25	3 17	Rindfleisch pr. Kilo .	62	
Obstfrucht	—	6 70	Kalbfleisch .	60	
Heiden	5 58	5 77	Schweinefleisch "	64	
Hirse	5 58	5 47	Schöpfenfleisch "	38	
Kulturz	5 53	5 58	Hähnchen pr. Stück .	55	
Erdbäsel 100 Kilo	3 38	—	Tauben .	18	
Linien pr. Hektolit.	9 —	—	Heu 100 Kilo .	2 23	
Erbse	9 —	—	Stroh .	2 5	
Kirschen	10 —	—	Holz, hartes, pr. Klafter .	7 50	
Rindfleischmalz Kilo	1 4 —	—	weiches, .	4 50	
Schweinefleischmalz "	— 88	—	Wein, rot., 100 Lit.	24	
Speck, frisch "	— 60	—	weißer .	20	
— geräuchert "	— 72	—			

Angefommene Fremde.

Am 12. März.

Hotel Stadt Wien. Krem, Poppelsbaum, Reischer und Ruppmann, Kaufleute, Wien. — Urbantschitsch, Gutsbesitzer, Höflein. — Andrejat, Pfarrer, Mösel.

Hotel Elefant. Falter und Dietrichstein, Kaufleute, Wien. — Nožan, Kaufm., Agram. — Arhar, Handlungskommiss, Marburg. — Auhez, l. k. Postmeister, Gurlsdorf.

Kaiser von Österreich. Detela, l. k. Finanzwach-Oberaufseher, Gorenoula. — Schneider Emilie, Private, Neisse.

Verstorbene.

Den 13. März. Wilhelmine Sapleto, Nähelin, 33 J., Karläderstraße Nr. 6, Lungentuberkulose. — Stefania Bdesar, Schusterstochter, 2 J., Wienerstraße Nr. 7, Morbus Brightii nach Diphtheritis.

Theater.

Heute (ungerader Tag) Gastspiel des Dialekt- und Charakterkomikers Herrn Clemens Grün vom Stadttheater in Frankfurt am Main: Das Mädel aus der Vorstadt oder: Ehrlich währt am längsten. Posse mit Gesang in 3 Acten von Johann Nestroy.

Lottoziehung vom 12. März:

Brünn: 19 82 77 53 84.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Mitt.	Zeit	Bonometerstand	Lufttemperatur	Wind	Glocken
	der Beobachtung	in 1000 f. reduziert	nach Gefüse	aus	über
7 U. Mg.	739,48	+ 1,6	Q. schwach	heiter	
13. 2. N.	740,02	+ 16,6	SW. schwach	heiter	0,00
9 " Ab.	742,28	+ 11,6	SW. schwach	bewölkt	

Reis, heiter, warm; abends leichte Bewölkung. Das Temperatormittel der Temperatur + 9,9°, um 7,1° über dem Normale.

Berantwortlicher Redakteur: P. v. Radics.

Casino-Verein.

Die gefertigten p. t. Vereinsmitglieder werden hiermit zu der Dienstag, den 18. März 1. J., abends 8 Uhr stattfindenden

Soirée

höflichst eingeladen.

Programm:

Concert der Musikkapelle des k. k. 17. Inf.-Regts. Freiherr v. Kuhn.
Humoristischer Vortrag.
Kränzchen.

Die Gallerie wird um 8 Uhr geöffnet.

Laibach am 13. März 1884.

Die Casinovereins-Direction.

Danksagung.

Der ländliche Verein der kärntischen Sparcasse hat in der am 6. d. M. abgehaltenen Generalversammlung für das hiesige Armeninstitut 2350 fl. und für die Unterstützung bedürftiger, aus dem Civilspitale entlassener Rekonvalescenten den Betrag per 200 fl. votiert.

Die Armeninstituts-Commission fühlt sich verpflichtet, diese ausgiebigen Spenden des ländlichen Sparcassevereins mit dem Ausdruck des wärmsten Dankes zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. (1119)

Bon der Armeninstituts-Commission.

Laibach am 10. März 1884.

